



## **Resolution**

### **Welche Zukunft für die Finanzierung der Gemeinden?**

Wenn es um das gemeinschaftliche Zusammenleben geht, spielen die Gemeinden sicherlich die wichtigste Rolle. In den Gemeinden pulsiert das Herz des Zusammenwachsens der Gesellschaft.

Die Gemeinden sind neben dem Staat zudem die wichtigste Institution in Luxemburg. Das Handeln der verschiedenen Gemeinden und deren Verantwortung für die Weiterentwicklung beeinflussen das Leben jedes einzelnen Bürgers.

#### **Was sind die Aufgaben der Gemeinden?**

Zu den Kompetenzen und Aufgaben der Gemeinden gehören:

- Einwohnermeldeamt / Standesamt
- Unterhalt von Friedhöfen und Ausstellen von Grabkonzessionen
- Müllabfuhr / Recycling / Wasserzufuhr / Wasserabfuhr / Unterhalt der Wasserleitungen / Wasserhochbehälter / Unterhalt und Ausbau der Kläranlagen
- Unterhalt der Straßen / Infrastruktur
- Unterhalt und Ausbau von Schulen / Auffangstrukturen / Kindertagesstätten / Unterhalt und Ausbau der Sport- und Kulturstätten / Anlegen und Unterhalt von Freizeitparks und Spielplätzen für Kleinkinder und Jugendliche
- Ausrichtung gesellschaftlicher und kultureller Veranstaltungen
- Erschließung und Entwicklung neuer Wohnbaugebiete / Ausstellung von Baugenehmigungen
- Entwicklung von ökologischen und nachhaltigen Konzepten / Parks / Sensibilisierung aller Bürger für das Nachhaltigkeitsprinzip

#### **Aktuelle Finanzierung der Gemeinden**

Um diesen Aufgaben gerecht zu werden, brauchen die Gemeinden die nötigen finanziellen Mittel. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

- Impôt commercial - ICC
- Fonds communal de dotation financière - FCDF

- Impôt foncier
- Gemeindetaxen (Wasserverbrauch / Abwasser / Müllentsorgung), all diese Taxen sollen nach dem Kostendeckungsprinzip erhoben werden.

Anhand ihrer Haushaltspolitik ist leider festzustellen, dass Blau-Rot-Grün das Sparen den anderen überlässt. Es wird der „kleine Mann“ und hauptsächlich werden die Gemeinden richtig zur Kasse gebeten.

Mit dem Anspruch die Staatsfinanzen sanieren zu wollen, ging die aktuelle Regierung ins Rennen. Fakt ist: die Regierungsbank ist so groß wie noch nie.

Fakt ist: die Regierung gibt mehr aus, als in den vorangegangenen Jahren. Dabei wollte man doch zuerst bei sich selbst sparen. Doch wird hier nun das Argument verwendet, man wolle „konjunkturunterstützend investieren“. Fakt ist auch, dass schon jetzt Wahlgeschenke vor den nächsten Legislativwahlen angekündigt werden. Wie sonst ist die Gratis-Kinderbetreuung zu verstehen? Wie passen die von Premier Bettel angekündigten, großangelegten Sparmaßnahmen mit der von ihm versprochenen Gratis-Kinderbetreuung zusammen? Zudem ist von einem kohärenten Konzept der Kinderbetreuung zurzeit noch nicht viel zu sehen. Wenn es aber um die Umsetzung dieser Idee geht, werden erneut die Gemeinden zur Kasse gebeten. Über die Finanzierbarkeit scheint sich bis jetzt noch keiner ernsthaft Gedanken gemacht zu haben. Dies ist umso verwunderlicher, da im Regierungskabinett über ein halbes Dutzend vormalige Bürgermeister sitzen. Ihre Arbeit auf Gemeindeebene und wofür sie vorher als Gemeindevater oder -mutter einstanden, scheinen sie schnell über Bord geworfen zu haben.

Unumstritten ist: mit den angekündigten Maßnahmen werden verschiedene Gemeinden in den kommenden Jahren massive Schwierigkeiten bekommen, das vorgegebene Budget im Gleichgewicht zu halten. Mit ihren Sparmaßnahmen wird die Regierung das Gemeindeleben sogar doppelt belasten. Einerseits werden die Gemeinden wichtige Zukunftsinvestitionen nicht mehr tätigen können und andererseits werden die Bürger in Zukunft mehr für kommunale Dienstleistungen bezahlen müssen.

Gespannt kann man auch auf die von Innenminister Kersch - vormaliger Bürgermeister und Syvicol-Präsident - angekündigte Gemeindefinanzreform sein. Es bleibt abzuwarten, wie es sich mit einer gerechten Umverteilung verhält. Dass hier ein hohes Konfliktpotenzial aufkommen wird, dürfte jedem bewusst sein. Hier wird sich herausstellen, ob Blau-Rot-Grün diese schwierige Hürde nehmen kann, ohne, dass es größere Zerwürfnisse zwischen den LSAP-geführten Südgemeinden, der DP und Déi Gréng geben wird.

Die Gemeinden müssen jedenfalls auch nach der Reform ihre Autonomie behalten. Dazu zählt nun einmal auch die Finanzautonomie.

### **Forderungen der CSJ**

Die CSJ fordert, dass zukünftig ein nennenswerter Dialog zwischen Regierung und Gemeinden in Sachen Gemeindefinanzierung stattfindet, damit die Gemeinden ihren Mehrjahresfinanzierungsplan (PPF) einhalten können.

Des Weiteren vertritt die CSJ die Meinung, dass:

- es keine direkte Mehrbelastung der Bürger, zwecks obligater Gebührenerhöhung, bedingt durch die Mindereinnahmen der Gemeinden durch den Staat, geben darf;
- die Gemeindefinanzreform so ausgearbeitet werden muss, dass sie den Bedürfnissen der Gemeinden Rechnung trägt. Die bereits genehmigten Bauprojekte, die in den Mehrjahresfinanzplanungen (PPF) festgeschrieben sind, müssen auch umgesetzt werden können;
- den Gemeinden auch in Zukunft ausreichende Finanzmittel zur Verfügung stehen, um ihren Bürgern die notwendigen Dienste anbieten zu können.

Die CSJ schließt sich der Forderung der CSV an, um schnellst möglich eine Reform des Gemeindewesens durch zu führen und die Finanzen gerechter zu verteilen, so wie es auch im Wahlprogramm der CSV vorgesehen ist.

*Beschluss vom CSJ-Nationalkongress (21/03/2015)*